presse

AG Kultur und Medien

Demokratie braucht Gedenken

***Eva Högl**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende;*
***Hiltrud Lotze**, zuständige Berichterstatterin:*

Der 18. März soll ein nationaler Gedenktag werden. Dieser Tag steht in der deutschen Geschichte für das Streben nach Demokratie und Menschenrechten.

„Wir setzen uns dafür ein, dass der 18. März künftig zu einem nationalen Gedenktag erklärt wird. Der 18. März symbolisiert wie kein anderes Datum der deutschen Geschichte einen demokratischen Aufbruch: An diesem Tag stemmten sich 1848 die Bürgerinnen und Bürger in der Märzrevolution gegen den Ansturm preußischer Soldaten. An diesem Tag fanden 1990 die ersten und einzigen freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt.

Zwischen diesen Ereignissen liegen über 140 Jahre. Gemeinsam ist ihnen, dass Freiheitsbewegungen in Deutschland für einen demokratisch verfassten Staat eintraten und sich gegen Willkür stellten.

Die Bedeutung des 18. März für unsere Geschichte ist in Deutschland kaum bekannt. Durch einen Gedenktag 18. März können wir das ändern und das Streben nach Demokratie und Menschenrechten und Rechtsstaat angemessen würdigen. Auch in einem überarbeiteten Gedenkstättenkonzept sollte auf die Erinnerung an diese positiven Momente unserer Demokratiegeschichte eingegangen werden. Gerade angesichts der Erfahrungen mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts und den derzeitigen Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien ist heute ein mahnendes und auch positiv besetztes Gedenken der deutschen Demokratie wichtig.“